

PRESSEDIENST

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 1 - Aktuelle Stunde zur Fachklinik Schleswig -

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 010.02 / 23.01.2002

Grüne

Umfassende Fachklinikreform für das Wohl der Pflegebedürftigen

Das Wohl der Pflegebedürftigen und eine umfassende Reform der Fachklinik Schleswig muss das alleinige Interesse des Parlamentes sein. Die festgestellten Mängel in der Fachklinik Schleswig zeigen, dass auch rasch beschlossene Maßnahmen nicht sofort zu einer besseren Routine im Pflegealltag führen - und vor allem sie reichen auf lange Sicht als alleinige Interventionen nicht aus.

Keine verdeckten Sparmaßnahmen durch Zuständigkeitsstreit!

Die Auseinandersetzung darüber, welche Kosten die Krankenkasse, welche die Pflegekasse, welche die Eingliederungshilfe und damit die Kommune tragen sollen, ist bundesweit ein generelles Problem. Auch dieses Thema bildet einen der Hintergründe für den aktuellen Streit zwischen Krankenkassen und Land im Fall der Fachklinik Schleswig und muss auf Landes- und Bundesebene erneut auf den Prüfstand gestellt werden.

Psychiatrie dezentralisieren, statt konzentrieren!

Eine Generation nach der Psychiatrie-Enquete des Bundestages, die weitgehende Dezentralisierung der Psychiatrie empfohlen hatte, sind auch in Schleswig-Holstein Hunderte von Menschen in veralteten Gebäuden wie in der Fachklinik Schleswig zentral

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

untergebacht. Seit Mitte der neunziger Jahre ist der Dezentalisierungsschub trotz moderner Psychiatrieplanung nur noch mühsam vorangekommen. Es müssen neue Gebäude und neue Betreuungsstrukturen geschaffen werden, um die dringend erforderliche Dezentralisierung wirklich voran zu bringen.

Vor diesem Hintergrund sehe ich eine ganz andere Form der Zentralisierung, nämlich eine rechtliche, kritisch. In Zukunft sollen nach Plänen des Sozialministeriums die Fachkliniken Heiligenhafen und Neustadt, der Uniklinik Schleswig-Holstein und dem dezentralen Einrichtungsträger „Brücke“ in eine einzige große Institution überführt werden. Angesichts der jüngsten Erfahrungen in Schleswig stellt die Grüne Fraktion die geplante Fusion in Frage.

Hier geht es nicht nur um den Sachverhalt, dass die konkreten psychiatrischen Angebote gemeindenah und dezentral zur Verfügung stehen müssen, sondern ebenso sehr darum, dass sich ein Anbietermonopol negative rechtliche Konsequenzen und eine Einengung der inhaltliche Arbeit bedeuten kann. Für uns ist dabei entscheidend, wie für Patienten und Pflegbedürftige vielfältige bedarfsgerechte Angebote vor Ort geschaffen werden können.
